



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Atomausstieg verbindlich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Noch immer liegen keine Stilllegungskonzepte und auch keine Anträge auf Erteilung von Stilllegungsgenehmigungen für die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel seitens des Betreibers vor.

1. Der Landtag Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, im Atomgesetz den Rückbau verbindlich vorzuschreiben und die Möglichkeiten des sicheren Einschlusses nicht mehr vorzusehen. Da der Rückbau sicherer als der Einschluss ist und die Kommunen Planungssicherheit brauchen, darf es hier keinen Entscheidungsspielraum für die Betreiber geben, bei dem die Kosten eine größere Rolle spielen als Sicherheitsaspekte.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf sich im Bund dafür einzusetzen das Atomgesetz dahingehend zu ändern, dass die zuständigen Atomaufsichtsbehörden berechtigt werden, der jeweiligen Betreibergesellschaft eine Frist für den Beginn der Rückbaumaßnahmen zu setzen.

Begründung:

Der Rückbau der Atomkraftwerke ist unzureichend geregelt und muss gezielt vorbereitet werden. Dazu gehören verbindliche Konzepte und Zeitpläne. Wie das Beispiel Vattenfall bei den AKW Brunsbüttel und Krümmel jedoch zeigt, steht zu befürchten, dass zumindest einzelne Betreiber auf Zeit spielen und alle Gesetzeslücken ausnutzen werden, um sich einer strengen Aufsicht und verbindlichen Vorgaben zu entziehen. Je schneller der Weg zum Abbau und dessen Konzept definitiv festgelegt werden, desto weniger Möglichkeiten haben AKW-Betreiber, Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben und dadurch ggfs. von vorgegebenen Standards abzuweichen.

Da der Rückbau der Atomkraftwerke für Schleswig-Holstein eine hohe Bedeutung hat, müssen wir schnellstmöglich handeln. Mit der notwendigen Novellierung des Atomgesetzes verfolgen wir das Ziel, die Stilllegungspflichten der Betreiber weiter zu konkretisieren und das Durchsetzungsinstrumentarium der Behörden zu stärken.

Olaf Schulze
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW